

Harich war von dem Bestreben geleitet, nicht nur intellektuelle Mitglieder der SPD in seinen Kreis zu ziehen, sondern auch bekannte Persönlichkeiten des politischen Lebens für sich zu gewinnen. So war ihm daher sehr daran gelegen, mit dem früheren Mitglied des Politbüros der SED, Paul Merker, zusammenzukommen. In seinem Einverständnis organisierte Janka eine solche Unterhaltung mit Paul Merker in seiner Wohnung. Diese Zusammenkunft fand am 21. November 1956 statt. An ihr nahmen außer Harich, Janka und Merker auch noch die Zeugen Just und Zöger teil. Bei dieser Unterhaltung legte Harich seine Gedanken über die Änderung der Politik und der sozialökonomischen Struktur der Deutschen Demokratischen Republik und seine Pläne dar und erwähnte, daß es wünschenswert sei, daß Paul Merker und Franz Dahlem wieder eine führende Position einnehmen.

Auf diese Weise war Harich mit dem Zeugen Merker in Verbindung gekommen. Merker hatte ihm jedoch keinerlei Zusage gemacht, seine Konzeption zu unterstützen, so daß Harich weiter bestrebt war, Verbindung auch mit Franz Dahlem zu bekommen.

Harich kannte, seitdem er Herausgeber der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ war, den Angeklagten Hertwig.

.....

Während der Angeklagte Harich den Angeklagten Hertwig in den ersten Jahren seiner Tätigkeit wenig beachtete, kamen sich beide Angeklagten auf Grund ihrer gemeinsamen feindlichen Einstellung gegen die Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Laufe des Sommers 1956 näher.

Steinberger, der wegen Verdachts der Spionage verhaftet worden war, wurde im Jahre 1955 aus der Haft entlassen, im Juli 1956 von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands rehabilitiert und wieder in die Partei aufgenommen. Steinberger war mit seiner Rehabilitierung nicht voll einverstanden, weil seine Mitgliedschaft nicht vom Jahre 1940, sondern erst vom Jahre 1945 an gerechnet wurde.

..... Steinberger glaubte, daß in der Deutschen Demokratischen Republik keine ausreichenden Schlußfolgerungen aus den Ergebnissen des XX. Parteitages der KPdSU gezogen worden seien, und informierte sich, ebenso wie Harich und Hertwig, über die politischen Ereignisse aus westlich lizenzierten Zeitungen und Rundfunksendungen. Auch auf ihn wirkten die ständigen Beeinflussungen in der Richtung, daß er sich zum Feind der Deutschen Demokratischen Republik entwickelte.

Auf Veranlassung Harichs kam eine Besprechung zwischen Harich, Steinberger und Hertwig am 22. November 1956 in der Wohnung Harichs zustande. Bei dieser Zusammenkunft legte Harich erneut seine Konzeption und seine Pläne zur Verwirklichung dieser Konzeption dar. Er erklärte, daß er sich hierbei auf seine Betriebsgruppe im Aufbau-Verlag stützen könne, und erwähnte auch die Besprechung mit Paul Merker. Den von Harich vertretenen Gedankengängen stimmten Hertwig und Steinberger grundsätzlich zu. Steinberger wies insbesondere darauf hin, daß seiner Ansicht nach die Deutsche Demokratische Republik sich einer katastrophalen wirtschaftlichen Lage näherte und es unbedingt erforderlich sei, die gesamte Wirtschaftspolitik zu ändern. In einigen Punkten teilte Steinberger die Auffassung Harichs nicht. Dies änderte aber nichts daran, daß er, ebenso wie Hertwig, mit der Richtung und den Zielen der Darlegungen Harichs einverstanden war. Harich, dem bereits aus Unterhaltungen mit Janka und Just bekannt war, daß seine Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik nicht fundiert genug erschienen, erklärte sich ohne weiteres damit einverstanden, daß hier noch Korrekturen angebracht werden müßten. Er

bat Steinberger, diese Korrekturen vorzunehmen. Steinberger erklärte hierzu, daß eine schriftliche Formulierung der Konzeption Harichs erforderlich sei. Harich versprach, die Ausarbeitung vorzunehmen. Im weiteren Verlauf des Gesprächs drängte Harich darauf, daß Steinberger möglichst bald Verbindung zu Franz Dahlem aufnehmen. Steinberger sollte in seiner Rehabilitierungsangelegenheit bei nächster Gelegenheit Dahlem aufsuchen und dabei die Ansichten Dahlems über die politische Situation erkunden. Steinberger versprach, sich mit Dahlem in Verbindung zu setzen.

..... Die Angeklagten waren sich darüber einig, daß versucht werden sollte, in West-Berlin oder Westdeutschland ein Zeitungsunternehmen zu gründen, das sich die Propagierung des Harichschen Planes zum Ziel setzen sollte. Hierfür glaubte Harich die Unterstützung eines westdeutschen Zeitungsverlegers zu erhalten. Die Angeklagten hatten die Absicht, Harich und Steinberger als Redakteure für diese Zeitschrift vorzuschlagen. Die Zeitschrift sollte eine SED-oppositionelle Zeitung sein. Sie sollte an die Regierungen Polens, Ungarns und Jugoslawiens sowie an Funktionäre der SED, insbesondere an Intellektuelle, versandt werden, um auf das Entstehen einer oppositionellen Fraktion innerhalb der SED hinzuwirken. Dabei wurde auch die Gründung einer neuen Partei erwogen, die sich „Bund der Kommunisten“ oder „SED-Opposition“ nennen sollte. Am Nachmittag des 23. November 1956 traf sich Harich erneut mit Siegfried vom Ostbüro der SPD und berichtete ihm über seine Unterredungen, insbesondere über die Besprechung mit Janka und Merker, sowie über die Zusammenkunft mit Hertwig und Steinberger, die zu einer Verbindung mit Franz Dahlem führen sollte. Harich erwähnte dabei auch seine Absicht, eine eigene Zeitung in West-Berlin zu gründen, und ersuchte um Unterstützung des Ostbüros beim Aufbau und der Verbreitung der Zeitung. Siegfried lehnte jedoch für das Ostbüro eine Unterstützung dieses Planes ab. Gleichzeitig bot er erneut die Verbreitung der Konzeption Harichs durch das Ostbüro an und verlangte zu diesem Zweck deren schriftliche Niederlegung.

In der Zeit vom 22. bis 25. November 1956 legte Harich nunmehr seine Konzeption des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus schriftlich nieder, so wie es Janka, Just, Hertwig, Steinberger und Siegfried vom Ostbüro der SPD gefordert hatten. Aus dem zum Gegenstand der Hauptverhandlung gemachten Manuskript ergeben sich u. a. folgende Forderungen: Beseitigung der führenden Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Deutschen Demokratischen Republik, weitgehende Zulassung und Verbreitung bürgerlicher Ideologien, Auflösung der Nationalen Volksarmee, Auflösung aller Organe des Ministeriums für Staatssicherheit, Beschränkung der Wirtschaftsplanung auf ökonomische Schwerpunkte, Lizenzvergebung an westdeutsche Unternehmer zur Errichtung von kapitalistischen Betrieben in der Deutschen Demokratischen Republik, weitgehende Beseitigung der sozialistischen Errungenschaften auf dem Lande durch Auflösung der Staatsgüter, Auflösung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und Verkauf der MTS an die verbleibenden LPG.

Dieses Programm übergab Harich am 25. November 1956 dem Angeklagten Steinberger in dessen Wohnung mit der Aufforderung, es schnellstens stilistisch und im ökonomischen Teil auch inhaltlich zu überarbeiten bzw. zu ergänzen.

Ebenso wie bei den Unterhaltungen mit dem dem Ostbüro der SPD angehörenden Siegfried wurde auch bei der Besprechung zwischen Harich, Steinberger und Wolf die Notwendigkeit festgestellt, den Kreis der Gleichgesinnten zu vergrößern, insbesondere auch in verschiedenen SED - Betriebsgruppen Fuß zu fassen.